

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Baustellen-Anzeigen bis 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 P. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Bred. Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Kiloniastraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 8002.

Habt Dank für eure Offenheit!

Wenn man die Vorgänge in der Arbeiterbewegung seit dem Ausbruch des Weltkrieges bis heute aufmerksam verfolgt hat, so konnte man die Beobachtung machen, daß es in unsern Reihen zahlreiche Kollegen und Genossen gibt, die von dem einen Extrem ins andere fallen. Während sie früher in unsern deutschen Völkern die Antereigenschaften sahen und die vorhandenen Verührungspunkte völlig außer acht ließen, sahen sie nunmehr nur noch die Verührungspunkte und ließen die unter der Oberfläche schlummernden Gegensätze wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art gänzlich außer acht. Als der Ruf erschallte: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!“, als der Kaiser den Satz prägte: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ und als Behörden und Unternehmerorganisationen die Gleichberechtigung der Arbeiter in die Wirklichkeit umsetzten, bildete sich in manchen Köpfen die Illusion, daß nunmehr die Volkswörterbrüder eine vollendete Tatsache geworden sei. Und dieselben Leute, die früher alles auf dem Wege des Kampfes erreichen wollten und in den Gewerkschaften lebendig Kampfororganisationen erblickten, waren nunmehr der Meinung, daß das Kämpfen keinen Zweck mehr habe und daß die Arbeiterklasse ihre Ansprüche und Forderungen auf dem Wege der friedlichen Vereinbarung durchsetzen werde. Diese Leute, die über Nacht aus Klassenkämpfern zu Harmoniebuselern geworden waren, drehten den Arbeiterorganisationen den Rücken, weil sie in dem Wahne lebten, die gebrauchten Tauben würden ihnen ganz von selbst ins offene Maul fliegen. Inzwischen hat sich nun aber gezeigt, daß die Scharfmacher und großen Herren gar nicht daran denken, den Arbeitern ein wirkliches Entgegenkommen zu beweisen, daß sie vielmehr den festen Willen haben, auch nach Beendigung des Krieges den alten Kurs beizubehalten. Es sind in den letzten Monaten zahlreiche Stimmen laut geworden, die offen und ehrlich den Standpunkt vertreten, daß man den Arbeitern keine Versprechungen machen dürfe und daß es ein verhängnisvoller Fehler sei, wenn die Regierungskreise sich mit den Arbeiterorganisationen allzusehr einließen. Vom Gesichtspunkte der proletarischen Bewegung aus muß man tatsächlich den Scharfmachern für ihre Offenheit dankbar sein, weil dadurch sicherlich manchen vertauschelseligen Proletariaten die Augen geöffnet werden. Zu Mut und Frommen unsrer Kollegen wollen wir einige Bekenntnisse dieser schönen Seelen vorführen.

Bekanntlich hat die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges eine durchaus einwandfreie Stellung eingenommen, und ungezählte Sozialdemokraten tun ihre volle Pflicht und Schuldigkeit im Interesse des bedrohten Vaterlandes. Dies ist von den verschiedenen Seiten auch anerkannt worden, und man konnte häufig die Aeußerung hören, daß man die sozialdemokratische Partei als eine gleichberechtigte Partei in unsern politischen Leben behandeln müsse. Das paßt aber der „Deutschen Arbeiterzeitung“ keineswegs in den Kram. Dieses führende und einflussreiche Organ der Scharfmacher betont in einem Artikel, daß sich allerdings die Taktik der Sozialdemokratie in gewissem Sinne geändert habe, daß aber ihre Weltanschauung nach wie vor dieselbe geblieben sei. Nach wie vor pflege sie den Geist des krassen Materialismus, der keine Ideale kenne und das Gemüt des deutschen Arbeiters vergifte, und nach wie vor vertrete sie den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen, der alle geistigen und körperlichen Unterschiede leugne und durch seine über Gleichmacherei jeglichen Fortschritt unmöglich mache. Darum sei und bleibe es die große Aufgabe der maßgebenden Kreise, den Gegensatz gegen die moderne Arbeiterbewegung mit aller Deutlichkeit und Klarheit aufrechtzuerhalten und diese Bewegung mit aller Kraft zu bekämpfen, denn es sei ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man annehmen wolle, die Sozialdemokratie sei eine andre nach dem Kriege als vor dem Kriege. Wenn diese Aufforderung in den maßgebenden Kreisen Gehör finden sollte, was gar nicht ausgeschlossen erscheint, so darf man sich getrost auf allerlei schöne Dinge gefaßt machen.

Die Stellungnahme des Geheimrats Kirdorf, des Führers der rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer, gegenüber den Gewerkschaften haben wir unsern Kollegen bereits mitgeteilt. Dieser Mann und seine Gefolgsleute haben die Reichsregierung aufs schärfste, weil sie mit den Arbeiterorganisationen Fühlung genommen habe und auch die Arbeitgeberorganisationen hierzu verleiten wolle. Besonders der preussische Handelsminister hat ihren Zorn erregt, weil er angeblich der Einführung von Zwangs-Einigungsämtern freundlich gegenübersteht, ohne sich erst von der Stimmung der Arbeitgeber überzeugen zu haben. Diese Leute, die eine förmliche Scheu haben vor jeder wirklich sozialpolitischen Forderung, sind immer noch der Meinung, daß der Staat in allererster Linie für die Kapitalisten da sei und daß die Regierung nur so weit gehen dürfe, wie es das Unternehmertum erlaube. Sie verwechseln noch immer ihr eigenes Geldbeutelinteresse mit dem Allgemeinwohl und wollen nichts von einem Eingreifen des Staates zugunsten der Arbeiter wissen. An ihnen sind alle Gehehnisse der schweren Kriegszeit purlos vorübergegangen, und sie können sich noch immer nicht zu der Erkenntnis aufschwingen, daß die neue Zeit auch neue Anforderungen stellt. Ohne Zweifel werden die beteiligten Arbeiter nach dem Kriege noch schwere Kämpfe zu führen haben, wenn sie auch nur einen Teil ihrer berechtigten Ansprüche durchsetzen wollen. Leider besitzen die Grubenherren und ihre Ge-

sinnungsagenten einen mächtigen Einfluß in unsern öffentlichen Angelegenheiten, weshalb zu befürchten ist, daß das großkapitalistische Scharfmachertum bei uns bald wieder Oberwasser bekommen wird. Dann wird ganz sicher manchem Harmoniebusel in unsern Reihen die Erkenntnis aufdämmern darüber, daß es falsch gewesen ist, auf das Wohlwollen der Unternehmern zu rechnen, anstatt zum Kampfe gerüstet zu sein.

Schon gleich nach Ausbruch des Krieges wurde von verschiedenen Seiten die Forderung aufgestellt, daß man den Angehörigen der Unterschichten den freien Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten und damit auch den Zutritt zu allen Stellen in Staat, Gemeinde und Wirtschaftsleben einräumern solle. Vor kurzem hat noch ein hervorragender preussischer Abgeordneter, Freiherr von Zedlitz, diesen Standpunkt vertreten. Er forderte eine Umwandlung der inneren Politik Preussens, damit die durch den Krieg geschaffene einmütige vaterländische Stimmung unsres Volkes auch für die Zukunft erhalten bleibe. Zu dem Zwecke bezeichnete er als das geeignetste Mittel, daß zwischen der beschlossenen Mehrheit und dem übrigen Volke Licht und Schatten gleichmäßig verteilt werde. Es müsse jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben werden, im Leben vorwärts zu kommen und sich die Stelle in der Welt zu suchen, wohin er nach seinen Fähigkeiten und Leistungen gehöre. Hierzu seien vor allen Dingen zwei Bedingungen zu erfüllen: den Kindern aus der beschlossenen Klasse müsse, Kraft und Befähigung vorausgesetzt, die völlige gleiche Bildungsmöglichkeit eröffnet werden wie den bestehenden Volksgenossen, und für die Anstellung und das Aufsteigen im öffentlichen Dienst müsse neben sittlicher Tadellosigkeit lediglich Befähigung und Eignung für den betreffenden Posten, nicht aber Vermögen, Zugehörigkeit zu bestimmten Gesellschaftskreisen und dergleichen Künigsel entscheidend sein.

Dieser vernünftige Gedanke, dessen Verwirklichung dem Gemeinwohl zum Vorteil gereichen würde, stößt bei den Klassengegnern des Freiherrn von Zedlitz auf heftigen Widerspruch. In einem Artikel, der sich mit ihm beschäftigt, heißt es: „Jeder deutsche Mann, ob hoch oder niedrig, hat heute mit Gut und Blut dem Vaterlande zu dienen, und deshalb ist es falsch, der Arbeiterbevölkerung, die doch weiter nichts als ihre Pflicht tut, als Belohnung für die Erfüllung ihrer Kriegspflicht allerlei Versprechungen zu machen: gleiche Behandlung mit den andern Berufsgruppen, Demokratisierung der Verwaltung, Einführung des Reichstagswahlrechts, Arbeitslosenversicherung usw. Nun wird auch noch die Eröffnung der höheren Bildungsanstalten für die Beschlossenen gefordert. Man sollte sich doch wirklich davor hüten, mit Versprechungen und Geschenken schon jetzt um sich zu werfen, wo unsre deutsche Zukunft noch im dunkeln liegt. Gewiß ist bis jetzt nur ein gewaltiges Ansteigen unsrer Steuerlasten, und dabei will man neue Experimente mit der höheren Bildung der Beschlossenen machen? Die Zeit nach dem Kriege wird unsehbar einen noch viel größeren Bedarf an Handarbeitern als früher zeigen, und alle demagogischen Versprechungen, den Arbeiter-Pals über Kopf zum Univeritätsstudium zu machen, sind nicht nur überflüssig, sondern auch frivol.“

Hier haben wir den richtigen preussischen Reaktionsär, wie er leibt und lebt. Es muß alles beim alten bleiben! lautet sein Wahlspruch. Der Arbeiter muß nach wie vor ein Mensch und Bürger zweiter Klasse bleiben, denn daß er als Verteidiger des Vaterlandes Gut und Blut geopfert hat, ist keine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit und weiter nichts. Diese reaktionäre Stimmung ist zweifellos in weiten Kreisen verbreitet, und die Arbeiter können daraus ersehen, wie der Wind in den oberen Schichten weht. — Wir wollen keineswegs Schwarzmalerei treiben und die Zukunft unsrer Arbeiterbewegung in düsteren Farben malen, dennoch aber halten wir es für unsere Pflicht, allen deutschen Arbeitern zuzurufen: „Seid auf der Hut und laßt euch nicht einschläfern! Haltet die Augen offen und das Pulver trocken! Bleibt der Organisation getreu, denn uns stehen noch schwere Kämpfe bevor, ehe wir unser Ziel erreicht haben werden!“

Brutus.

Die Konsumvereine während des Krieges.

Das Schicksal der Konsumentenorganisationen während des Krieges bietet nicht minder als das der Gewerkschaften für jeden Sozialpolitiker großes Interesse. Handelt es sich doch bei beiden um Schöpfungen, die den minderbemittelten Volksschichten, also den breiten Massen des Volkes, als Mittel zur Hebung und Sicherung der Lebenslage dienen und sich gegenseitig ergänzen und stützen.

Wie für die Gewerkschaften, so mußte auch für die Konsumvereine Kriegszeit ohne weiteres als kritische Zeit, als Zeit unübersichtbarer und unberechenbarer Verhältnisse betrachtet werden. Unersehliche Werte, Gemeineigentum zahlreicher Beschlossener, sind in ihnen festgelegt, deren Vernichtung unter Umständen drohte. Irrendwelsche Erfahrungen standen nicht zu Gebote; in den Kriegsjahren 1866 und 1870/71 waren die Konsumvereine noch meistens so unbedeutende Gebilde, daß ihr damaliges Schicksal für die Beurteilung der Verhältnisse unter einem modernen Weltkriege

keinerlei maßgebende Bedeutung haben konnte. Man stand vor etwas durchaus Neuem und Ungeübtem für den Fall, daß der Friede gebrochen wurde. Die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hatte freilich nicht unterlassen, wie auf andere gefährliche Möglichkeiten, so auch auf die eines Krieges, Tagungen der Unterverbände wie des Generalkonvents und der Genossenschaftstagen mit einer Reihe wohlfeil möglicher Ratsschlüsse, die samt und sonders dem Zweck dienten, die Grundlagen der Vereine gegen alle nicht vorauszu sehenden Zufälligkeiten zu sichern, und in der Begründung, die diesen Ermahnungen gegeben wurde, fiel auch das Wort Krieg, ohne daß jemand allerdings ahnte, wie nahe das Durchführbare stand.

Traf somit auch der Krieg die Konsumvereine überraschend, so fand er sie doch nicht unvorbereitet. Ihr ganzes Geschäftsgebaren war eben auch auf diese Möglichkeit zugeschnitten. In diesem Gerüstestufen auf alle Fälle lag ein Stück des Bewusstseins der Konsumgenossenschaften, die, so sehr sie dem ausbleibenden Bedürfnis ihrer Angehörigen dienen, doch stets bewußt und grundsätzlich auch weitere Ziele verfolgen und über das Heute hinaus Vorarbeit für künftige Generationen zu leisten bemüht sind. Noch weit mehr aber trat ihr Wesen und damit ihre Bedeutung gegenüber den Organen der privatkapitalistischen, dem persönlichen Gewinnbedürfnis dienenden Warenverteilung bei und nach Kriegsausbruch in die Erscheinung.

Zu den bemerkenswertesten Maßnahmen der jüngst verfloffenen Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet gehören unstreitig die Festsetzung von Höchstpreisen und die Beschlagnahme von Vorräten. Mit Recht konnte das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ aus diesem Vorgehen der Reichsbehörden die Schlußfolgerung ziehen, daß weite Gebiete der privatkapitalistischen Wirtschaft unter Zwangsvormundschaft gestellt würden. Zu dem Mittel greife man nur Leuten gegenüber, die sich unfähig erwiesen hätten, richtig und ohne andern Schaden zuzufügen, zu wirtschaften. Die Höchstpreisfestsetzungen rüttelten an Profit der privaten Warenverteilung, die Beschlagnahme in Verbindung mit der Vorkaufverordnung greife sehr fühlbar auch in die Organisation ein. Auch diese werde unter Zwang gestellt, weil sie sich als ungeeignet erwiesen habe, schwere Schädigungen der nationalen Interessen zu verhüten. Damit werde die Notwendigkeit besserer, nach festen Grundsätzen und Methoden arbeitender Organisationen zugegeben.

Das Grundübel der privaten Warenverteilung, das man in der Warenverzerrung langsam zu mildern trachtete, die völlige Planlosigkeit, war zu Kriegsbeginn und weiterhin so auffällig und lästig geworden, daß der Staat, zögernd zwar, eingzugreifen begann. Dazu trat abscheulichster Wucher, der an allen Ecken und Enden sein verächtliches und gemeingefährliches Wesen trieb, der aber auch allseitig als ein Ausfluß eben des heute vorherrschenden Systems der auf Gewinn angewiesenen und bedachten privaten Warenverteilung erkannt wurde. Kein Wunder, daß sich die Aufmerksamkeit weitester Kreise den Konsumvereinen zuwandte, die das genossenschaftliche Prinzip der gewinnausschaltenden, den Vorteil gemeinsamen Wirkens der Beteiligten nach gerechten Grundsätzen zuwendenden Warenverteilung verkörpern. Sie konnten darauf hinweisen, daß ihre Wege es einer Höchstpreisfestsetzung und sonstiger Gewaltmaßnahmen nicht bedurft hätte. Wer wäre wohl auf den schnurrigen Einfall gekommen, die organisierten Konsumenten könnten sich ausgerechnet in der Kriegszeit die Lebensmittel selbst verteuern und müßten von hoher Obrigkeit mit sanftem Zwang angehalten werden, sich ja nicht selbst zu überbieten? So kam denn diesen Leuten die Wesensverschiedenheit kapitalistischer und genossenschaftlichen Betriebs durch die anschauliche Sprache der Tatsachen zum Bewußtsein und führte zu einer recht sehr veränderten öffentlichen Bewertung der Konsumvereine, die ebenso im Urteil der Bevölkerung wie in der Aufhebung der wichtigen Verbote des Beitritts von Beamten und Staats- und Gemeinbediensteten einen weit sichtbaren Ausdruck fand.

Die gute Meinung, die sich so über die Konsumvereine herausbildete, wurde durch deren Wirken während der Kriegsdauer nicht enttäuscht. Was ihres Amtes im Vorkriegszeiten sei, fand für sie vom ersten Augenblick an fest. „Wie in friedlichem Tun mit dem Volk und für das Volk, so in der Stunde der Gefahr!“ Planmäßig haben die Vereine darauf hingearbeitet, die Volksernährung sichern zu helfen und Mißbräuche zu verhindern. Sie haben der panikartigen Verproviantierungsjucht der Mobilmachungslage gesteuert, indem sie Waren nur in Mengen abgaben, die dem jeweiligen Bedürfnis genügen, sie haben dadurch billigere Vorräte ihren Mitgliedern für längere Dauer gesichert und auf diese Weise eminent preisregulierend gewirkt. Wenn heute der Kleinhandel vielfach enttäuscht den Vorwurf der Preistreiberei zurückweist, so kam er in die angenehme Lage, weil die Konsumvereine dafür sorgten, daß ihm die Trauben zu hoch hingen. Die Konsumvereine haben weiter in der gleichen Richtung gewirkt durch ihre großen Eigenproduktionsbetriebe, Bäckereien, Schlachtereien usw. Ihre Eigenaufkaufigesellschaft hat sie in diesem Streben redlich und erfolgreich unterstützt. Man wolle dabei nicht außer acht lassen, daß der wohlthätige Einfluß der Konsumvereine weit mehr noch in dem zum Ausdruck gelangt, was sie verhüten, als in dem, was sie leisten. Wo sie bestimmend auf die Preise wirken, fällt ihr Segen minder aus als dort, wo sie fehlen und die Konsumenten wehrlos den willkürlichen Preisfestsetzungen überantwortet sind.

Papier im Werte von 2 822 873 M. Hierzu kommen die unter Leitung der Aschaffburger Gesellschaft stehenden Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G. (Sitz Aschaffenburg), die 1913 rund 700 Arbeiter, davon 600 in Oedenfelden, beschäftigten. In diesen Werken sind 4 Zellstofflöcher, 1 Langzieh- und 5 Papiermaschinen sowie eine Holzschleiferei in Betrieb.

Die Produktion betrug im Geschäftsjahr 1913:

Table with 3 columns: Wert Oedenfelden, Wert Baum bei Wiesbach, Wert Aschaffburg. Values include 3 369 074 M., 1 100 892 M., 1 976 084 M., 286 343 M.

Die gesamte Produktion dieser Werke hatte einen Wert von 6 731 493 M. Die Oberbayerischen Zellstoff- und Papierfabriken, A.-G., arbeiten seit Bestehen mit Verlust. 1913 erzielten sie einen Betriebsergebnis von 452 702 M. Es bestand die Aussicht, daß diese Werke in den nächsten Jahren ein rentabler Teil der Aschaffburger Aktien-Gesellschaft geworden wären.

Nun kommt, für viele überraschend, der Zusammenbruch der Aschaffburger Gesellschaft. Der Krieg allein hat diesen Zusammenbruch nicht herbeigeführt; aber er hat ihn beschleunigt. Von den 12 Millionen Mark Aktienkapital der Gesellschaft sollen 6 1/2 Millionen Mark verloren sein. Die Aktionäre müssen nicht nur auf jede Dividende verzichten, sondern verlieren noch die Hälfte ihres Kapitals, da durch Zusammenlegung des Aktienkapitals von 2 zu 1 der Konturs vermindert werden soll. Die Schuld an dem bedauerlichen Zusammenbruch wird zum größten Teil dem aus dem Vorlande ausgehenden laumännlichen Direktor Kommerzienrat Franz Dessoir in Aschaffenburg zugeschoben. Derselbe soll die Gesellschaft durch Veräußerung von Krediten, Einlegen von Bürgschaften und Uebernahme von Beteiligungen in starkem Umfange, ohne Genehmigung des Aufsichtsrates, in diese Lage gebracht haben. Diese Annahme wirkt so auffallend, als diese Manipulationen doch wohl längere Zeit zurückliegen und der Aufsichtsrat in seiner Mehrheit aus Finanzfachleuten, Bankiers und Bankdirektoren, besteht. Nach der „Frankfurter Zeitung“ soll gegen Direktor Dessoir die Schadenersatzklage eingereicht sein. Unter den Aktionären hat sich eine Schutzvereinigung gebildet, welche über die Beteiligungsrechte verfügen soll, und die befreit ist, Aufsichtsrat und Vorstand für die Verluste haftbar zu machen. Hoffentlich werden die Gründe dieses eigenartigen Zusammenbruchs der Gesellschaft nicht vorenthalten.

Bemerkenswert ist hier nur, daß die Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Aschaffenburg wegen ihrer mangelhaften Entlohnung der Arbeiter und Direktor Dessoir wegen seiner feindseligen Stellung gegen die Arbeiterorganisationen in Papierarbeitertreuen unrichtlichst belannt sind.

Papierarbeiterstreiks in Nordamerika.

In den Papierfabriken der Remington Paper and Pomer Company und der St. Regis Paper Company in Watertown im Staate Newyork haben am 10. Mai circa 1000 Papierarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Lohnausgleich für die seit Kriegsausbruch gestiegenen Preise für Lebensmittel und andre Bedarfsartikel. Die Unternehmer drohen mit Schließung der Fabriken, da seit der zollfreien Papiereinfuhr aus Kanada die Fabrikation unrentabel sei. Der Ausstand scheint auch auf die übrigen Firmen überzugreifen. Die Leitung der St. Regis Paper Company hat mit ihrer Arbeiterschaft ein Uebereinkommen getroffen, wonach die Lohnfragen mit einem unparteiischen Vertreter des Handelsministeriums verhandelt werden sollen, dessen Schiedspruch die Parteien sich unterwerfen wollen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine Konferenz der Gewerkschaftskomitee von Rheinland-Weisfalen tagte am Sonntag, dem 29. Mai, in Essen. Es sprachen Genossenschaftsleiter Kroll über: Die Volksernährung im Kriege, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt über: Arbeiterlohn, Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung und Reichstagsabgeordneter Spiegel über: Kriegsbekämpfung. Die beiden ersten Referenten legten zur Volksernährung und zur Errichtung eines Arbeitsamtes Vorschläge vor. Zur Volksernährung wird u. a. gefordert: die Errichtung einer Reichs-Ernährungsbehörde unter Hinzuziehung von Vertretern der gewerkschaftlichen Konsumantenorganisation, Schaffung von Lebensmittelämtern in den Städten, regelmäßige Bestandaufnahme der wichtigsten Nahrungsmittel, systematische Durchbildung der wichtigsten Nahrungsmittel, Verlangsamung für Produzenten und Händler, Beschlagnahme hinterziehender Mengen von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln. Bekämpfung des Wollsystems durch moralische Erziehung durch Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, Beseitigung aller aus sozialpolitischen Gründen geschehenen steuerlichen Ausnahmeregeln gegen die Konsumbesitzer, insbesondere Freistellung der Konsumbesitzer von der Warensteuer, Anerkennung der Gewerkschaften als unentgeltliche Organisationen zur Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter.

Die Vorschläge für die Errichtung von Arbeitsämtern fordern, daß für jede größere Stadt mit ihren Vorortgemeinden sowie für einen Bezirk von Landgemeinden und kleineren Städten ein Arbeitsamt errichtet werden soll. Als Zentrale dieser Organisation soll ein Reichsarbeitsamt eingesetzt werden. Dem Arbeitsamt sollen alle Arbeitsnachweise unterstellt werden. Das Arbeitsamt wird paritätisch zusammengesetzt. Dem Arbeitsamt sollen alle An- und Abmeldungen aus dem Arbeitsverhältnis gemeldet werden. Für die Organisation des Arbeitsamtes sind noch eine Reihe weiterer Bestimmungen vorgeschrieben.

Für die Kriegsbekämpfung forderte der Referent eine Reichszentrale, Miniarbeitung der Gewerkschaften, Verhinderung der Lohnsenkung durch Kriegserzeugnisse und Sicherung gegen Renteerhöhungen.

Das Generalkommando Münster war auf der Konferenz durch zwei Herren vertreten, ebenso die Stadt Essen durch einen Beigeordneten. 46 Gewerkschaftskomitee waren durch 61 Delegierte vertreten, zwei Ortsvereine durch vier, 20 Gewerkschaften durch 26 Delegierte bzw. Vorstandsmitglieder.

Kriegsdienst im Glasarbeiterverband.

Die Arbeitslosigkeit war in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch so hoch, wie sie fast keiner andern Gewerkschaft. Am 30. Oktober wurden 24,1 Prozent Arbeitslose gezählt; diese Zahl verringerte sich dann am 31. Januar auf 12,21 Prozent, am 30. April auf 6,96 Prozent. Neben dem wüßigen Gewerkschaften waren auch 8,78 Prozent der Mitglieder zu verzeichnen, die während der Zeit oder zu geringen Löhnen arbeiteten. Einigen dieser hohen Arbeitslosen waren auch die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Die Organisation von rund 19 000 Mitgliedern, die sie am Schluß des zweiten Vierteljahres 1914 hatten, wurde in den verflochtenen vier Monaten nach 228 400 M. an Unterstützung ausbezahlt. In eine Unterabteilung der Familien der Engpasslosen war bei den hohen Stunden der Arbeitslosen nicht zu denken, dies mußte den Zahlstellen ausgedehnt werden. Diese sind der Artzung des Bundes am 2. März 1918. Am 1. Mai 1918 sind 40 000 M. dafür aufgewandt. In allen Unterabteilungen zusammen wurden in den vier Monaten einjährig 200 629 M. gezahlt. Diese Zahlen sind nicht vollständig, da sich nur 85,53 Prozent der Mitglieder an der letzten Erhebung beteiligten.

Rundscha.

Gewerkschaftlicher Delegierter und Unterabteilungen.

Im Jahre 1917 betrug die Zahl der „Deutschen Arbeitervereine“ mit 400 000 Mitgliedern. Inzwischen sind die deutschen Arbeiterorganisationen für ihre Haltung während des Krieges folgenden Lob aus:

Es soll den deutschen Arbeiterorganisationen nicht bestritten und nicht bezweifelt werden, daß sie in dieser schweren Zeit eine Tätigkeit erbracht haben, die sich während der schicksalhaften Verhältnisse der ganzen Nation erhebt. In materielle Beziehung haben die Gewerkschaften bei den verschiedenen Organisationen für ihre Mitglieder, die im Felde standen, und für deren Angehörige, die während der Zeit von Not und Sorge bedrückt waren, Hilfe bewirkt. In dieser Hinsicht hat die Arbeitervereine und deren Organisationen den Delegierten und Unterabteilungen gewährt, und Deutschland konnte sich, demnach sein, daß

im Augenblick der Gefahr die sonstige Herrschaft der Stände und Parteien völlig ausgeschaltet wurde.

Dieses Lob schränkt das Unternehmernorgan aber gleich ein, indem es selbst, daß die hervorragende Haltung nichts anderes bedeutet als die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht, die nach dem Krieg seinen Menschen die Berechtigung gibt, eine besondere soziale und politische Bevorzugung von Seiten des Staates oder der Gesellschaft zu verlangen! Das gilt selbstverständlich für die Arbeiter, die übrigen Schichten der Bevölkerung werden auf weitere Bevorzugung nicht verzichten. Immerhin meint die „Deutsche Arbeiterzeitung“, daß die früheren Gegenstände im Volke an Schärfe und Härte verlieren werden, aber man muß nach ihrer Meinung trotzdem im Auge behalten, daß die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung so eng und so notwendig verbunden sind, wiederkehren werden. Die Sozialdemokratie und die ihr nahestehenden Arbeiterorganisationen dürfen nicht daran, in diesen Fragen bis auf den letzten Grund ihrer Seele umzulernen. Es wird also auch später Kämpfe geben, und da macht der „Deutschen Arbeiterzeitung“ der Vorschlag des Zentralrats der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften: viel Kopfweh, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Richtungen auch nach dem Kriege in vielen Fragen gemeinsam vorgehen möchten. Das Unternehmernorgan warnt vor diesem Zusammengehen und weist darauf hin, daß ein Zusammenwirken der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mit klassenkämpferischen Organisationen dem zukünftigen wirtschaftlichen Leben in Deutschland nicht das Geprägte harmonischer Eintracht und Friedfertigkeit zu bereiten vermag. Aber die „Deutsche Arbeiterzeitung“ weiß einen Ausweg. Sie rät, die Gassen zu dieser von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften verlangten Einigung hinzuzuziehen. Erst dann könnte man zu einem reinen Genus (1) solcher Einigkeit gelangen, denn die wirtschaftlichen und nationalen Arbeitervereine wären es, die die wirkliche und wünschenswerte Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinen wüßten! So das Organ der Unternehmernverbände.

Wir wollen hier nur erklären, daß die deutschen Arbeiterverbände die auf Solidarität, gewerkschaftliche Ehre und Selbstständigkeit noch etwas geben, auch nach dem Kriege mit den Gassen nichts zu haben wollen. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben auf bestimmte sozialpolitische Forderungen hingewiesen, die gemeinsam von den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen auch nach dem Kriege vertreten werden sollen, so auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, des Arbeitsnachweises, der Hinterbliebenenfürsorge, der Sicherung der Volksernährung und der Wahrnehmung sonstiger Arbeiterinteressen. Die Gassen, die unter der Herrschaft und Bevormundung der Rindorf und Genossen, überhaupt der schlimmsten Schatzmacher stehen, bieten nicht die geringste Gewähr dafür, daß sie ernstlich an eine Vertretung der Interessen der Arbeiter denken. Sie dürfen es nicht selbst wenn sie es wollten. Aber sie wollen es auch selbst nicht. Sie lehnen die Richtlinien ab, die die Gewerkschaften ihren Forderungen unterlegen, z. B. in der Frage der Arbeitslosenfürsorge und des Arbeitsnachweises. In ihrer Presse wie in wichtigen Konferenzen haben die Gassen sich gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften in den genannten Fragen gewendet, sie haben Anstalten betreten, wie sie bezüglich der sozialpolitischen Forderungen in Schatzmachertreuen üblich sind. Also schalten die Gassen aus, wenn es sich um ernste Vertretung bei Wahrung der Arbeiterinteressen handelt. Erst wenn sie umlernen, können sie bei gemeinschaftlichen Aktionen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen mit berücksichtigt werden. Dazu gehört, daß die Gassen lernen, daß es für die Arbeiterschaft eine hohe Pflicht gibt, das ist die Ausübung der Klassenolidarität.

Unser Verband in der 44. Kriegswoche.

Für die Woche vom 31. Mai bis 6. Juni haben wieder nur 290 Zahlstellen berichtet. Die Mitgliederzahl in diesen Zahlstellen betrug bei Kriegsausbruch 173 493, darunter 150 470 männliche, am 5. Juni 92 507, darunter 73 771 männliche. Von den fehlenden 80 986 waren 63 077 zum Kriegsdienst eingezogen und 17 909 aus dem Verbanne ausgeschieden. Von je hundert bei Kriegsausbruch vorhandenen männlichen Mitgliedern fanden am 5. Juni 41,9 im Kriegsdienst.

Die Zahl der Arbeitslosen war sehr gering. In allen berichtenden Zahlstellen waren 256 männliche und 579 weibliche Mitglieder ohne Arbeit. Von je hundert männlichen Mitgliedern sind das 1,4, von je hundert weiblichen 3. Tatsächlich ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder allerdings etwas höher, weil von denen, die keine Verbandsunterstützung begehren, die meisten auch von der Verbandskontrolle nicht erfasst werden.

Erkrankungsunfähig waren in der Berichtswoche 1012 männliche und 254 weibliche, zusammen 1266 Mitglieder. Das sind bei beiden Geschlechtern 1,4 von je hundert Mitgliedern. Als Krankenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen 8611 Mark ausgezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefasst. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Richtigkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Table with 5 columns: Berichtstag, Arbeitslos insgesamt, von je 100 Mitgliedern, Zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, von je 100 männlichen Mitgliedern. Rows include dates from 9. August to 5. Juni.

Berichte aus den Zahlstellen.

Suppenk. Die vier größten Betriebe am Ort: Farbenfabrik vorm. Bayer u. Co., Dynamitfabrik von Nobel u. Co., Karbonitfabrik und das Himmelswerk von Theodor Suppenkammer haben ein Abkommen miteinander getroffen, wonach Arbeiter, welche in einem der obengenannten Betriebe arbeiten, in den anderen drei Betrieben nicht eingestellt werden. Hier können die Arbeiter die treibende Kraft zu sein, denn diese treiben auch ihre eigenen die Leute aus allen Himmelsgebenden zusammen. Man sieht die Arbeiter das ihnen Versprochenen nicht vor, sie hören auf und gehen in einen der drei andern Betriebe unterzukommen. Auf diese Weise gehen die drei Fabriken von dem von den Farbenwerken herbeigeholten Arbeitermaterial, und um dies in Zukunft zu verhindern, besteht das genannte Abkommen. Es bedarf nicht der besonderen Versicherung, daß wir solche Abmachungen bedauern. Es ist ganz und gar nicht unangenehm, wenn Unternehmern einfach die Freigabe der Arbeiter herbeigeholt, um den Arbeitermangel in eigenen Betrieben herbeizumachen. Ausreichende Löhne, angemessene Arbeitszeit, langfristige

liche Gestaltung der Arbeitsbedingungen sind viel wirksamere und geeignete Mittel zur Erreichung einer festhaften Arbeiterkraft. Gegenfällige Abmachungen sind allerdings billiger für die Unternehmer — und das scheint den Ausschlag zu geben. Leider!

In der hiesigen „Karbonitfabrik“ arbeiten die Leute, besonders im Jänner- und Oranatenbetriebe, im Alltagslohn. Daß Alltagslohn-Mordarbeit ist, beständige sich auch hier. Zu Anfang war ein angemessener Alltagslohn festgesetzt, wobei die Leute einen schönen Tagesdienst hatten. Nun haben einige Arbeiter unter Opferung ihrer Mittagspause und durch überanstrengtes Arbeiten überdurchschnittlich verdient, und die Folge war, daß die Alltagslöhne schon zweimal reduziert wurden. Nachdem diese Gelder den Lohn sozusagen verborben hatten, gingen sie nach dem zweiten Abzug ihrer Wege. Die Firma mußte hier eigentlich den Grundlag aufstellen, daß bei den teuren Zeiten die Arbeiter bedeutend mehr verdienen müssen, zumal doch bei den Heereslieferungen seitens der Firma ganz rechte Summen verdient werden.

Verluste. In den Levertischen Farbwerken von Bayer u. Co. befaßt der Ingenieur L. den Arbeitern, in einen Kessel zu steigen, um den selben zu reinigen. Die Leute weigerten sich, einzusteigen, weil nach ihrer Vermutung der Kessel noch nicht von Stickstoffgasen frei war. Verrückt über das Nichtbefolgen seines Befehls fügte der Ingenieur selbst in den Kessel, um den Arbeitern zu zeigen, wie ungefährlich es sei. Kaum eingestiegen, war L. schon erstickt. So rügte sich die bewunderliche Unvorsichtigkeit. Leider sind nicht immer die Arbeiter klug und vorsichtig genug, solche Aufforderungen abzulehnen. Hoffentlich nimmt die Farbwerkeleitung das Vorwissen zum Anlaß, die Beamten und Werkführer um zu vermehren. Vorsicht zu ermahnen. Den Arbeitern aber, die sich geweigert haben, einzusteigen, ist sie eine Belobigung und eine Belohnung schuldig.

Langermünde. Eine Zeurungszulage erhalten seit einiger Zeit auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Juckerzaffinerie. Die verheirateten Männer erhalten 2 M., die ledigen 1 M., und die Frauen 80 Pf. pro Woche. Den Anstoß hierzu gab unsere Organisationsleitung. Weil von anderer Seite die Wär verbreitet wird, die Firma mache alles aus freiem Antriebe und die Organisation habe gar keine Bedeutung für die Arbeiter und könne ganz ausgeschaltet werden, muß dies gesagt werden. Die Sache trug sich folgendermaßen zu: Vor einiger Zeit wollte die Firma wieder, wie leider schon so oft, eine ziemlich hohe Anzahl verarbeitete Sad Kohzucker in Abzug bringen, eine Zehntelzahl, diese Zahl sei „a viel angefahren. Die betreffenden Arbeiter behaupteten das Gegenteil. Es wäre zur Arbeitsniederlegung in den betroffenen Betriebsstellen gekommen, wenn der Abzug zur Ausführung gelangt wäre. Ein Schreiben unserer Zahlstellenleitung an die Firma verwies warnend darauf, wie schwere Folgen aus diesen Maßnahmen der Firma für beide Teile entstehen könnten. Der Abzug wurde dadurch abgewehrt. Die Firma bereitete dann eine Ausschüßung ein, die schon früher zur Schlichtung der Abzugsangelegenheit hätte stattfinden müssen. In dieser Sitzung wurde die Zeurungszulage beschlossen mit der Bemerkung, man brauche das Eintreten der Zahlstellenleitung für die Arbeiter gar nicht, die Firma mache selber ohne irgendwelchen Anstoß schon das, was für die Arbeiterschaft nötig sei. Alle wirklich Nachdenkenden sind sich aber klar darüber, daß dieses erst durch das Eintreten der Zahlstellenleitung für die Kollegen geschehen ist.

Verbandsnachrichten.

Extrabeiträge.

Vorstand und Ausschuss haben beschlossen, die zur Unterstützung der Arbeitslosen erhobenen Extramarken vom 1. Juli an nicht mehr zu erheben.

Statistik — Gelbe Karten.

Am Schluß des Monats Juni sind die gelben Berichtskarten einzusenden. Als Stichtag zur Feststellung der Anzahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise (Spalte 3 und 4) gilt der 30. Juni. Die Karte muß bis spätestens 6. Juli in Hannover sein. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 12. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß. Die Genauigkeit der im „Proletarier“ jeweils veröffentlichten Quartalsstatistik bedingt eine präzise Berichterstattung, also richtige Ausfüllung und zeitige Abendung der Karten. Nicht oder zu spät berichtende Zahlstellen werden im „Proletarier“ veröffentlicht. Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Für den Monat Mai hatten trotz Mahnkarte bis zum 8. Juni nicht berichtet:

Table with 5 columns: Gau, Zahlstellen, männlich, weiblich, Mitgliederzahl zusammen. Rows include Gau numbers 1-15 and summary for 78 Verbanne.

Vom 8. Juni an gingen bei der Gaukasse folgende Beträge ein:

Zehe 800.—, München 1500.—, Waltershausen 400.—, Siegnitz 300.—, Melle 150.—, Eyrha 100.—, Wedel 300.—, Fürh 7.—, Schönebeck a. d. E. 400.—, Eingen 10.—, Elmshorn 7.—, Stettin 1000.—, Halle a. d. E. 800.—, Werder a. d. H. 110.—, Althaldensleben 10.—, Köln 9.—, Schwarz 7.—, Straßburg i. E. 7.—, Schluß: Montag, den 14. Juni, Mittags 12 Uhr.

F. Bruns, Kassierer

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in. Rows include Johann Biereth and Stanisł. Czerninski.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Baireuth. Zahl freier. Johann Schmitt, Gejeher Weg Nr. 18. Bayreuth. Poplow freier. Joachim Polzin, 4 Wallstraße 3. Gaus. Reilgeld im Gewerkschaftshaus, Mühlstraße 20. Wittenberge. A. Gulke, Burgstraße 13. Waldes. Lindhorst freier. Garmund. Mann freier. Bevollmächtigter: Gauleiter, Schreiber.